

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Dietrich Bunder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/23.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 54.

Berlin, Sonnabend, 6. Juli 1912.

Sechszwanzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Neue Wege der Volksversicherung. — Die überseeische Aus- und Einwanderung im Jahre 1911. — Die Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Anwaltsbüros der Deutschen Gewerksvereine im Jahre 1911. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

Neue Wege der Volksversicherung.

Zu dieser jetzt recht aktuellen Frage wird uns gefolgt:

Bekanntlich haben die Privatversicherungsgesellschaften seit einem Menschenalter auch die Lebensversicherung des kleinen Mannes als logen. Volksversicherung in ihren Geschäftsplan aufgenommen, indem sie eine Summe von 1500 Mk. ohne ärztliche Unterbindung versicherten. Der Erfolg ist rein zahlenmäßig, ein sehr großer gewesen. Denn der wirtschaftliche Sinn und das Verantwortlichkeitsgefühl der kleinen Sparer für ihre Familien hat auf diese Weise ein Gesamtvermögen von 1 1/2 Milliarden Mk. Versicherungskapital in den Händen der Privatversicherung angehäuft. Trotzdem kann man auf die heutige Volksversicherung das Wort Oswald Adolfs anwenden: „Ein goldener Sattel auf einer dünnen Ware.“ Wissenhaft und Praxis sind heute darüber einig, daß trotz Abstellung der ärztlichen Mängel, d. h. des massenhaften Polizen-Verfalls, die Ergebnisse dieser Volksversicherung in keinem Verhältnis zu dem Aufwande stehen, und daß die an die Versicherungsunternehmungen gezahlten Summen gegenüber den Leistungen an die Versicherten unverhältnismäßig hohe sind. Es liegt dies insbesondere an den hohen Propaganda-, Wettbewerbs-, Abschluß- und namentlich Einziehungskosten. Ein großes Heer von Menschen wird von dieser Tätigkeit, die vielfach nur mit Bemühen und Großen rechnet, ernährt, so daß die Belastungsquote zu groß ist.

Aus diesem Grunde sind Reformen auf diesem Gebiete vielfach in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Reformatorisch wirken soll a. B. die Volksversicherung der neuen Tüßfeldorfer Vereinsversicherungsbank, deren Volksversicherungskapital etwa 3 1/2 Mill. Mk. beträgt. Diese versichert insbesondere unter Mitwirkung der Arbeitgeber die Arbeiterschaft ganzer Betriebe, knüpft also an Wohlfahrts-einrichtungen der Großindustrie an, die materiell der Arbeiterschaft Vorteile bringen, aber deren woblätige Wirksamkeit nicht unbestritten ist. Einen Versuch auf viel breiterer Basis stellt die Gründung der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Aktiengesellschaft „Volkspflege“ dar, deren künftige Grundidee der frühere Abgeordnete v. Elm auf dem letzten Genossenschaftstage des Zentralverbandes deutscher Konjunkturvereine entwickelte. Danach haben die sozialdemokratischen Gewerkschaften und die Genossenschaften des Hamburger Zentralverbandes zusammen ein Gründungskapital von 1 Million Mk. gezeichnet. Sie rechnen auf 2 1/2 Millionen Genossenschaftsangehörige und 1 1/2 Mill. Genossenschaftler als Objekte der Tätigkeit der neuen Volksversicherung, die übrigens dem Reichsaufsichtsamte für Privatversicherung unterstellt werden soll. Das Aktienkapital soll den Garantien mit 4 Proz. im Höchstfalle verzinst werden. Die gesamten Ueberüberschüsse sollen den Versicherten selbst zugute kommen. Für den Fall der Zahlungsunfähigkeit infolge Krankheit und Arbeitslosigkeit soll das einbezogene Kapital den Versicherungsnehmern erhalten bleiben. Das kostspielige Inkassogeschäft sollen die Genossenschaftsaffiliierer im Nebenamt gegen geringe Vergütung übernehmen; auch sollen freiwillige Kräfte aus den Genossenschaftlern dafür gewonnen werden.

Es ist nicht zu leugnen, daß diese neue Volksversicherung gute Zukunftsaussichten hat, zumal sie

auch in der Anlage der Kapitalien den Interessen der Volksversicherten dienen will. Sie wird, wenn auch nicht materiell — das schließt die Reichsaufsicht aus — so doch moralisch den Einfluß der führenden Kreise, die sich zur sozialdemokratischen Partei zählen, auf die Arbeiterkraft stärken. An die übrigen Arbeiterorganisationen, die auf nationalem Boden stehen, tritt daher die überaus wichtige Frage heran, wie sie die Wohlfahrts-einrichtung der Volksversicherung auch in den Dienst ihrer Richtungen stellen können, um schon nicht nur aus äußeren Gründen im Wettbewerb mit den „freien“ Gewerkschaften in den Hintergrund gedrängt zu werden. Trotz der Sonderintentionen ihrer Mitglieder dürften sie das Beispiel der „Volkspflege“ kaum selbstständig nachahmen können. Ein Zusammenarbeiten mit der Tüßfeldorfer Vereinsversicherungsbank könnte sie in die Nachbarschaft von Organisationsbeitrübungen bringen, die ihren gewerkschaftlichen Grundätzen widersprechen. Ein Begünstigungsvertrag mit einer Privatgesellschaft würde nicht annähernd die Vorteile einer Volksversicherung bringen, die in der Verwendung der Ueberüberschüsse und in der Anlage der Kapitalien lediglich gemeinnützig wirkt. Da ist es wohl von Interesse, darauf hinzuweisen, daß eine solche gemeinnützige Versicherungsform jetzt im Verbände öffentlich-rechtlicher Lebensversicherungsanstalten geistig ist, der 6 Provinzialanstalten in den östlichen Provinzen bereits besteht und jetzt auch im Westen festen Fuß faßt. Die öffentliche Lebensversicherung wird von den großen Selbstverwaltungskörpern, den Provinzialverbänden und den Landständen gestützt, arbeitet mit geringen Verwaltungskosten, verwendet geschäftsplanmäßig alle Ueberüberschüsse zugunsten der Versicherten und dient auch deren Interessen in der Anlage der Versicherungskapitalien. Diese zukunftsreiche Institution, die mit zahlreichen anderen Selbstverwaltungskörpern Hand in Hand arbeitet, soll nach Einführung der großen Lebensversicherung eine Volksversicherungsabteilung nach rein gemeinnützigem Grundriss erhalten. Der erste Verwaltungsbericht der Ostpreussischen Anstalt sagt über diesen Punkt, der bereits in der Gründungsdenkschrift vom Jahre 1910 ausführlich behandelt worden ist, folgendes:

„Eine weitere Aufgabe von hervorragender Bedeutung ist der öffentlichen Lebensversicherung wie bereits in der Vorlage II an den 48. General-Landtag der Ostpreussischen Landschaft, betreffend die Errichtung einer Lebensversicherungsanstalt ausgeführt wurde, in der Einrichtung einer wahrhaft gemeinnützigen Volksversicherung gestellt. Die bestehende Volksversicherung der Privatgesellschaften krank hauptsächlich an der Höhe der Kosten, die im privatwirtschaftlichen Betrieb zur Fortführung und Erhaltung der einmal abgeschlossenen Versicherungen dauernd aufgewendet werden müssen, und an dem bedeutenden Polizenverfall infolge von Unterbrechung der Prämienzahlung durch die überhaupt minderbemittelten und häufig wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. zahlungsunfähigen Versicherungsnehmer. Die Verwaltungs-kosten werden nach Aufnahme des Betriebs der Volksversicherung durch die öffentliche Lebensversicherung von ihr ohne Zweifel durch eine geeignete Organisation zum ausschließlichen Nutzen der Versicherungsnehmer im Vergleich zu denjenigen der Privatversicherungsgesellschaften bedeutend verringert werden. Insbesondere hofft die öffentliche Lebensversicherung, die jetzt von den Privatgesellschaften in der Volksversicherung gezahlten sehr hohen Inkassogebühren wesentlich herabzudrücken und dadurch die Versicherungskosten entsprechend verbilligen zu können. Liberale Bestimmungen über die Karenzzeit und die Umwandlung der Polizen in Prämienfreie werden hinzukommen, und es wird sich dadurch eine sehr erhebliche Verminderung des Verfalls von Versicherungen im Vergleich zu dem jetzt bei den privaten Gesellschaften durchschnittlich vorhandenen herbeiführen lassen.“

Die öffentliche Lebensversicherung verfolgt überhaupt den Grundgedanken der Anlage der Versicherungskapitalien im Interesse der Prämienzahler. Sie will auch schon heute Kapitalien zur Selbstmachung von Landarbeitern auf eigener Scholle zur Verfügung stellen. Sie würde also auch bei der Volksversicherung die Prämienreize zur Finanzierung von Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften gemeinnützigen Charakters verwenden. Es liegt daher wohl im Interesse der außerhalb der freien Gewerkschaften organisierten Arbeiterkraft, die Denkschriften des Verbandes, (im Verbandsbüro in Berlin, Kaiserin Augustastr. 19 erhältlich) zu studieren. Vielleicht ergibt sich alsdann die Möglichkeit fruchtbarer Zusammenarbeit auf dem Gebiete einer rein gemeinnützigen Volksversicherung.

Die überseeische Aus- und Einwanderung im Jahre 1911.

Im letzten Jahre hat die Zahl der Deutschen, welche über deutsche und fremde Häfen ihr Vaterland verlassen, wieder einmal eine größere Abnahme zu verzeichnen. Während nämlich im Jahre 1910 25 531 Deutsche den Staub der Heimat von ihren Füßen schüttelten, waren es im Jahre 1911 nur 22 690, also 2841 weniger. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die geringere Zahl der Auswanderer in Zusammenhang bringt mit den günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Denn es ist Tatsache und läßt sich durch Zahlen beweisen, daß in den Zeiten einer schlechtesten Konjunktur die Zahlen der Auswanderer bedeutend in die Höhe gehen.

Stellt man die letztjährige Ziffer in Vergleich mit der Gesamtbevölkerung, so kommen auf 10 000 Deutsche 3,5 Auswanderer. In den letzten 10 Jahren schwankt diese Ziffer zwischen 3,2 und 6,2. Der diesjährige Prozentjahrs nähert sich also der niedrigsten Ziffer, die im Jahre 1908 erreicht wurde, ganz erheblich.

Von allen deutschen Auswanderern gingen 6507 über Hamburg und 12 199 über Bremen ins Ausland. Die ausländischen Häfen wurden also nur wenig in Anspruch genommen.

Am meisten beteiligt war an der Auswanderung Bayern, das auch im vorigen Jahre an der Spitze stand. Aus diesem Gebietsteile wanderten 2171 Personen, darunter 968 weibliche, aus. Ihm folgt Brandenburg mit 2125, darunter 775 weiblichen Personen. Zieht man jedoch die Einwohnerzahl mit in Betracht, so stellte wie in dem Vorjahre Bremen die meisten Auswanderer.

Auch im Jahre 1911 war der Hauptstrom der Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika gerichtet, wo nicht weniger als 18 900 Personen ihr Heiligtum fanden. Gegenüber den Vereinigten Staaten spielen die übrigen Länder nur eine untergeordnete Rolle. Denn das ganze übrige Amerika, einschließ- lich Brasilien, Argentinien und Britisch-Nordamerika, nahm nur 3428 Auswanderer auf, während nach Australien 246 und nach Afrika gar nur 18 Personen auswanderten.

Zieht man sich die Auswanderer auf ihren Beruf hin an, so ergibt sich, daß Industrielle und Bauwesen die größte Anzahl stellen, nämlich 6175. In nächstem Abstände folgt die Land- und Forstwirtschaft mit 5694. Das Handels- und Bergbauergewerbe war mit 2748 und die Gruppe der häuslichen Dienstboten mit 2054 Personen beteiligt. Die übrigen Berufsgruppen teilten zu den Auswanderern rund 1000 oder weniger Personen.

Interessant ist ein Ueberblick über Geschlecht und Alter der deutschen Auswanderer. Angaben darüber liegen von 20 238 Personen vor.

Tabelle II. Zusammenstellung der wahrgenommenen Verhandlungstermine, der Ergebnisse dieser und der Schriftsätze.

Ort bzw. Name des Sekretariats	Es wurden Verhandlungen wahrgenommen:				Die Vertretung erbeutete in Fällen:		Direkt nachweisbares Ergebnis:				Die angefertigten Schriftsätze betrafen:							
	überhaupt	Arbeitervertreter	Gewerkschaften	sonstige	mit Erfolg	ohne Erfolg	überhaupt	Arbeitervertreter	Gewerkschaften	sonstige	überhaupt	Arbeitervertreter	Gewerkschaften	sonstige				
Berlin, Hauptsekretariat	888	888	—	—	70	85	20	15145	15145	—	191	191	—	—				
Nach	47	—	21	26	18	16	13	3127	—	968	2164	1098	349	250				
Bremen	22	18	4	5	12	4	6	1655	808	77	770	149	59	7				
Düsseldorf	20	18	7	—	5	8	12	2298	895	56	1847	219	118	4				
Duisburg	5	8	1	1	3	—	2	10535	3208	402	6925	754	344	38				
Frankfurt, Main	10	10	—	—	5	2	8	—	—	—	67	26	8	31				
Magdeburg	22	14	8	5	7	6	5	4	1140	51	210	242	116	26				
Münster	12	7	2	8	2	6	4	2810	879	60	440	152	86	40				
Saarbrücken	191	7	—	—	—	—	—	—	—	—	1288	—	—	—				
Altena	22	17	5	—	6	4	12	—	—	—	357	187	62	108				
Münster	4	8	—	1	1	1	2	—	—	—	58	29	5	16				
Dresden	6	6	—	—	—	—	—	—	—	—	161	102	—	59				
Gemüts	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—				
Darmstadt	8	4	4	—	2	—	8	9475	3400	675	5400	276	87	29				
Dresden	17	8	14	—	11	8	1	258	258	—	166	60	19	9				
Erfurt	8	5	8	—	2	5	1	—	—	—	92	28	82	—				
Eisen	6	4	—	2	4	2	—	—	—	—	650	186	109	128				
Hoch	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	55	18	5	17				
Westfälische Kl. Gladbach	8	—	4	4	4	4	—	—	—	—	211	118	61	2				
Stettin	8	2	1	—	—	2	1	—	—	—	92	4	12	9				
Stettin	28	1	1	26	28	2	8	15895	—	15	15880	8	8	—				
Samm	18	11	2	—	2	2	9	84	—	84	6	4	2	—				
Rattow	18	11	2	—	2	2	9	445	280	165	1599	189	70	268				
Rölln	24	15	11	—	—	—	—	—	—	—	215	95	—	120				
Seipzig	12	12	—	—	6	2	4	780	720	10	65	20	—	85				
Mannheim	9	9	—	—	1	1	7	123	123	—	71	33	19	8				
Eisen	55	28	12	20	—	—	—	—	—	—	68	30	6	12				
Spremberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	380	182	40	68				
Stettin, Maschinenbauer	6	—	6	—	8	—	—	126	—	126	270	106	42	72				
Stettin, Schneider	2	—	2	—	2	—	—	—	—	—	280	42	8	7				
Stuttgart	8	8	—	—	—	—	—	—	—	—	5	5	—	—				
Ulm	4	1	1	2	2	1	2	401	401	—	50	19	7	9				
Walzenberg	12	11	—	1	6	2	4	1510	810	700	55	14	11	10				
Wanne, Bergarb.	—	—	—	—	—	—	—	3685	2850	1825	786	808	65	218				
Wanne, K. u. G.	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	154	80	8	7				
Weichenfels	1	—	1	—	1	—	—	10	—	10	15	18	—	54				
Auskunftsvereine	87	15	6	16	19	8	5	2941	2000	941	362	299	—	68				
Gesamt	956	541	112	112	219	117	811	38	71898	83097	8541	85255	11115	8854	990	1668	2870	950

und zwar 12 139 männlichen und 8099 weiblichen Geschlechts. Die männlichen Personen sind in weit höherem Maße als die weiblichen an der Auswanderung beteiligt; mehr weibliche als männliche Personen waren nur in den Altersklassen von 1-6 und 17-21 Jahren. Fast drei Viertel der Auswanderer standen im Alter von 17 bis 50 Jahren. 6998 Personen reisten in Familien, deren 2096 gezählt wurden, und 13240 allein. Auf eine Auswandererfamilie kommen also durchschnittlich 3,3 Köpfe.

Die Auswanderung von Angehörigen fremder Staaten über Deutschland ist im Gegensatz zum Vorjahr, das eine nicht unbeträchtliche Steigerung aufwies, ganz erheblich zurückgegangen, nämlich von 254 618 auf 183 233. Die Zahl ist also um 71 385 Personen gesunken. Ueber Hamburg reisten 80 388 und über Bremen 102 845 fremde Auswanderer. Den Hauptanteil an dieser Fremdenauswanderung nahm Rußland mit 84 180, Oesterreich mit 53 767 und Ungarn mit 39 008 Personen. In weitem Abstande folgen dann Bulgarien, Rumänien, Türkei, Schweden usw. Auch für die fremden Auswanderer bildeten wie im Vorjahre das Hauptziel die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wohin 152 262 oder 83,1 Proz. aller Fremden gingen. Von den Herkunftsländern waren daran hauptsächlich beteiligt Rußland mit 63 478, Oesterreich mit 46 303 und Ungarn mit 38 360 Personen.

Der überseeischen Auswanderung steht eine starke Ein- bzw. Rückwanderung gegenüber. Nach den Angaben der maßgebenden Behörden wurden nach Europa befördert, einschließlich der von der amerikanischen Einwanderungsbehörde zurückgewiesenen, 198 355 Personen. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung um etwa 44 000. So hoch diese Zahl auch ist, so bleibt sie doch noch wesentlich hinter den Zahlen der Jahre 1907 und 1908 zurück. Damals setzte in Amerika zuerst die wirtschaftliche Krise ein, die auch später Europa nicht verschonte und viele Arbeiter nach Europa zurückführte. Von den Einwanderern kam die überwiegende Mehrzahl, nämlich 111 764 aus Nordamerika. Dabei muß bemerkt werden, daß diese Einwanderer nicht etwa alle Deutsche waren. Es befinden sich vielmehr darunter solche, die nur in Deutschland gelandet sind, um von hier nach andern Ländern weiter zu wandern. Genaue Zahlen darüber sind nicht vorhanden.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen über die deutschen Schuggebiete, wozu der Zugang arbeits- und schaffensfreudiger Männer mit der Mehrzahl der Erwerbsmöglichkeiten beträchtlich gestiegen ist. Damit aber vermehrt sich auch die Notwendigkeit einer stärkeren Zuwanderung des weiblichen Geschlechts. Die Zahl der Ehefrauen und Familienangehörigen hat denn auch nicht unerheblich zugenommen. Auch das Bedürfnis an weißen Diensthilfen ist bedeutend gestiegen, und nur die Ueberfiedelung der Bräute ist im Rückgang begriffen.

Die Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsvereine der Deutschen Gewerkschaften im Jahre 1911.

(Fortsetzung.)

Die Tabelle II enthält im einzelnen den Nachweis über wahrgenommene Gerichtsverhandlungen, über die Ergebnisse dieser Verhandlungen und die Schriftsätze. Sie ist auch heuer wieder weniger vollständig und lückelos als Tabelle I, weil eine ganze Reihe Auskunftsstellen sich noch immer nicht daran gewöhnen kann, über die hier zu beantwortenden Fragen Buch zu führen. Das bleibt bedauerlich, weil durch diese Nachlässigkeit das Ergebnis unserer Arbeit verkleinert wird. Die Zahl der Verhandlungen weist eine Abnahme auf, die vornehmlich ihre Ursache hat in dem Ausscheiden des Vereins der deutschen Kaufleute aus der Statistik. Es sind im Berichtsjahre 956 persönliche Verhandlungen nachgewiesen, gegen 1190 im Vorjahre. 541 Verhandlungen betrafen die Arbeiterversicherung, 112 die Gewerbegerichte und 112 andere Angelegenheiten. In 219 Fällen wurde ein voller, in 117 Fällen ein Teilerfolg erzielt. Insgesamt gelang also ein Erfolg in 336 Fällen. In 311 Fällen war ein Erfolg nicht zu erzielen, in 33 Fällen wurde Vertagung beschloffen. Von verschiedenen Orten fehlt die Mitteilung über den Ausgang der Termine.

Wie viel Geld den Arbeitern durch die Auskunftsstellen geteilt wird, ist aus oft erwähnten Gründen nicht genau festzustellen. Soweit den Arbeitersekretariaten das Ergebnis bekannt wurde, und je uns berichtet, haben wir, auf 12 Monate berechnet, den Kostendenen 71 893 M. (79 685 M.) zugeführt. In Wirklichkeit ist die Summe erheblich größer. Das Nähere ergibt nachfolgende Tabelle II.

Tabelle III gibt die Hauptergebnisse unserer Statistik seit ihrer Einrichtung im Jahre 1907 in den wenigen zusammenfassenden Zahlen. Sie bedarf keiner Erläuterung, um verständlich zu sein.

Tabelle III. Zusammenfassende Darstellung für die Jahre 1907-1911.

Jahr	Es bestanden am 1. Januar			Es wurden Auskünfte erteilt			Angefertigte Schriftsätze	Wahrgenommene Termine	Zahlungsbeträge auf 12 Monate	
	Arbeitervertreter	Rechtsauskunftsstellen	Wahrscheinlich	persönlich	schriftlich	insgesamt				
1911	9	85	14	58	87786	14568	52804	11115	956	71898
1910	10	81	17	58	29064	1197	41026	9166	1190	79685
1909	10	27	21	58	22991	5870	28861	8101	382	70680
1908	9	25	17	51	11908	8424	15882	4875	546	85541
1907	6	28	11	40	10292	8178	18470	8690	619	29908

*) Einschl. des Hauptsekretariats in Berlin. (Schluß folgt.)

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 5. Juli 1912.

Der Streit zwischen Krankenkassen und Ärztenorganisationen ist immer noch nicht beigelegt. Die Befürchtung, daß über kurz oder lang es zu einem Generalstreik der Ärzte kommen könnte, verursacht in manchen Kreisen Unruhe, so daß jetzt eine offiziöse Korrespondenz eine Notiz durch die Presse sendet, daß die Befürchtung eines Generalstreiks als übertrieben anzusehen sei.

„Denn einmal ist durch die Vertagung des Inkrafttretens des zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung, der Krankenversicherung, auf den 1. Januar 1914 der unmittelbare Anlaß zu einer Kampfprobe zwischen Ärzten und Kassen beseitigt. Dann aber spricht auch eine andere Erwägung dafür, daß der Weg der Verständigung sowohl im Interesse der Kassen wie auch der Ärzte liegt. Die im Entwurf der Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Vertragsausschüsse zur Regelung der Beziehungen zwischen Ärzten und Kassen sind allerdings nicht in das Wesen aufgenommen. Es ist also den Krankentafeln überlassen geblieben, ob sie die freie oder beschränkte Arztwahl einführen oder Kassenärzte anstellen wollen. Die Reichsversicherungsordnung hat aber eine Bestimmung aufgenommen, nach der eine Krankentafel, bei der die ärztliche Versorgung dadurch gefährdet ist, daß sie keinen Vertrag zu angemessenen Bedingungen mit einer ausreichenden Zahl von Ärzten schließen kann, oder daß die

Ärzte den Vertrag nicht einhalten, vom Oberversicherungsamt ermächtigt wird, statt der Krankenpflege und der ärztlichen Behandlungen eine bare Leistung bis zu zwei Dritteln ihres Krankengeldes zu gewähren. Obwohl nun diese Bestimmung unter normalen Verhältnissen auch erst mit dem Jahre 1914 in Kraft treten würde, besteht doch die Möglichkeit, diese Bestimmung geondert durch kaiserliche Order schon jetzt in Kraft zu setzen. Würden also durch einen ärztlichen Generalstreik die Krankentafeln außer Stande gesetzt, ihren Mitgliedern die ärztliche Fürsorge zu gewähren, so wäre damit zu rechnen, daß diese Bestimmung der Reichsversicherungsordnung in Kraft gesetzt wird, wodurch dann an die Stelle der ärztlichen Versorgung das erhöhte Krankengeld tritt. Ein solcher Erfolg ist allerdings für eine geordnete Krankenpflege wenig erwünscht; er liegt jedoch ebensowenig im Interesse der Ärzte, weil naturgemäß das gemehrte erhöhte Krankengeld nur zu einem Bruchteil für ärztliche Dienste verwendet würde. Solche Erwägungen berechtigen zu der Hoffnung, daß es zwischen Ärzten und Kassen zu einer Verständigung kommt, die alle Kampfmittel wie einen Arztstreik überflüssig macht.“

Der „Vorwärts“ hat einen Weinkampf bekommen, weil die Gewerkschaften den Kellnern helfen, zu einer gesunden Berufsorganisation zu kommen. Die Kränen quellen ihm aus den roten Augen darüber, daß „Herr Goldschmidt auf den Mitgliederversammlung“ ausgeht und die Kellner organisiert. Der in Aussicht genommene „paritätische Arbeitsnachweis“ unter städtischer Beihilfe könnte darunter leiden. Wir Gewerkschafter sind grundsätzlich für paritätische Arbeitsnachweise mit kommunaler Unterstützung; wie sich diese Arbeitsnachweise aber in den Großstädten entwickeln, das hat der Öffentlichkeit wieder einmal der erste Mai betrieuen, wo die sozialdemokratischen Vermittler des von der Stadt Berlin unterstützten paritätischen Arbeitsnachweises für das Folgejahr das Bureau verließen, um den 1. Mai zu feiern, vor dem Bureau aber Posten aufstellten, um auch die sozialdemokratischen Arbeiter von dem Betreten des Bureaus zurückzuhalten. Dem Berliner Arbeitsnachweis geht es so wie der Arbeitsbörse in Paris. Die Radikalen spielen hier wie dort die Herren und berechnen den sozialdemokratischen Arbeitern die Beteiligung an den aus allgemeinen Mitteln unterstützten öffentlichen Einrichtungen.

Die Kellner Berlins, die in ihrer übergroßen Mehrheit der Sozialdemokratie keinen Gesinnung abgewinnen können, wollen sich nicht auf dem Um-

wege des Arbeitsnachweises in den Verband der Gastwirtschaften hineinpressen lassen. Darum riefen sie unsere Hilfe an, die ihnen auch gern gewährt wurde. Und wenn es dich auch schmerzt, verehrter „Vorwärts“, der du das unauslöschliche Brandmal des Streikbruchs an deiner dreifachen Stirn trägt: Arbeiter, die noch frei sind in der Wahl ihrer Organisation, lassen sich nicht irremachen durch deine Tränen, wären sie auch so dick wie die Tränen des Protobils.

Immer festerer Zusammenschluß der Arbeitgeber im Baugewerbe. Vergangene Woche ist in Berlin nach längeren Vorarbeiten eine Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Baugewerbes und der Baubewerke unter dem Namen „Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände“ gegründet worden. Dem neuen Bunde sind bereits beigetreten der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, die Berliner, der Zentralverband der Glaser, Stuckateure und Verputzmeister Deutschlands, die Bauarbeiterverbände im Malergewerbe, die Berliner, der Arbeiterführerverband für das deutsche Holzgewerbe, die Berliner, der Zentralverband selbständiger Installateure, Klempner und Kupferhändler, die Düsseldorf, der Zentralverband deutscher Dachdeckermeister, die Rheinwied a. Rhein, der Reichsverband für das Stein-, Plaster-, und Straßenbauergewerbe, die Leipzig. Weitere Beitritte stehen bevor.

Der Zweck dieses neugegründeten Unternehmerbundes, der übrigens den angeschlossenen Verbänden vollständige Selbständigkeit läßt, soll die gemeinsame Wahrnehmung der Arbeitgeberinteressen, insbesondere beim Abschluß von Tarifverträgen sein. An der Spitze des Bundes steht ein Verwaltungsausschuß; Vorsitzender ist der Vorsitzende des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, E. F. Leipzig, sein 1. Stellvertreter ist der Vorsitzende des Hauptverbandes Deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, K. u. J. Berlin, 2. Stellvertreter Herr Mitsch, Berlin vom Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe.

Es ist also kein Zweifel, daß dieser engere Zusammenschluß der Organisation einzig und allein zu dem Zwecke erfolgt ist, den Unternehmerstandpunkt gegenüber den Arbeiterorganisationen noch stärker zu vertreten. Immer seiter schließt sich das Band um die Arbeitgeber.

Kann es eine bessere Mahnung zur Organisation für die Arbeitnehmer geben? Ist es angesichts dieser Einigungsbestrebungen unter den Arbeitgebern nicht geradezu ein Frevel, daß die verschiedenen Organisationsrichtungen der Arbeiter sich gegenseitig bekämpfen und ihre Kräfte zerplittern? Es ist wahrlich höchste Zeit, daß die Organisationen der Arbeiter bei völliger Wahrung ihrer grundsätzlichen Anschauungen Schulter an Schulter kämpfen. Nur so ist es möglich, den Unternehmerorganisationen ein ebenbürtiges Gegengewicht zu schaffen.

Arbeiterbewegung. Am Montag haben von neuem in Hannover Verhandlungen zwischen den Unternehmern und Arbeiterorganisationen stattgefunden, um womöglich eine Beilegung der Differenzen in der Metallindustrie herbeizuführen. Es gelang auch, Einigungsversuche zu formulieren, zu denen aber die streikenden und ausgedehnten Arbeiter erst noch Stellung nehmen müssen. Nach diesen Vorschlägen beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 57 Stunden. Wie die Verteilung der Arbeitszeitverteilung durchgeführt wird, darüber sollen sich die einzelnen Werke mit den Arbeitgebern verständigen, wo dies nicht möglich ist, wird vorläufig die von den Arbeitgebern gewünschte Verteilung vorgenommen. Nach drei Monaten soll über die Regelung der Arbeitszeit eine neue Abstimmung vorgenommen werden. Dabei soll der Wunsch der Majorität maßgebend sein. Außerdem wurde sämtlichen Stundenlohnarbeitern eine Zulage von 3 Pf. pro Stunde gewährt. Bemerkenswert ist, daß die von den Unternehmern vorgenommene Ausperrung keineswegs 60 % der Metallarbeiter betraf. Um die Einigkeit im Unternehmerlager ist es demnach schlecht bestellt. — In Wachen dauert der Streik der Former und Gießereiarbeiter unverändert fort. Nach wie vor halten die Arbeitgeber an der Ansicht fest, daß erst an eine Lohnaufbesserung gedacht werden könne, wenn die Arbeit bedingungslos aufgenommen ist. In beiderseitigem Interesse wäre dringend zu wünschen, daß die Unternehmer diesen Standpunkt recht bald revidieren. — Die Bewegung auf dem Sültenwerk in Halle a. S. hat an Ausdehnung zugenommen. Weitere 600 Mann, denen die Anfertigung von Streifenarbeit zuge-

mutet wurde, haben die Arbeit abgelehnt. Die Betriebsleitung hat sich eine Anzahl Arbeitswillige von der Firma W. Müller in Hamburg verschrieben, wird aber mit ihnen kaum auf ihre Rechnung kommen. — Bei der Firma Hoforn u. Wittkind in Frankfurt a. Main sind wegen Maßregelung eines Arbeiters neue Differenzen ausgebrochen, so daß 130 Dreher die Kündigung eingereicht haben. — Die in den Schneidemühlen in Lillit beschäftigten Maschinenisten und Geizer sind in eine Lohnbewegung eingetreten, um eine Aufbesserung ihrer geringen Verdienste und Regelung der Ueberstunden und Nebenarbeiten herbeizuführen.

Der Streik der Londoner Hafenarbeiter ist noch immer nicht als beendet erklärt worden, obgleich die Rot in den Arbeiterfamilien ihren Höhepunkt erreicht hat. — In den französischen Häfen wird ebenfalls weitergefahren. Die Bemühungen der Regierung, Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen, um dadurch wenigstens ein Schiedsgericht zustande zu bringen, sind wiederum vergeblich gewesen. Die Dockarbeiter haben sich auf die Seite der Seeleute gestellt, und es wird befürchtet, daß demnächst in sämtlichen französischen Häfen der Generalstreik proklamiert wird.

Nachklänge zum christlichen Gewerkschaftsreit. Unter den evangelischen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften hat die Art, wie die Differenzen zwischen der Berliner und Kölner Richtung zunächst beigelegt sind, vielfach eine starke Mißstimmung hervorgerufen. Man kann sich auf jener Seite mit Recht nicht des Eindrucks erwehren, daß die christlichen Gewerkschaften in allzu großer Abhängigkeit von dem katholischen Klerus stehen. Dieses Gefühl bringt die „Deutsch-evangelische Korrespondenz“ in folgenden Sätzen zum Ausdruck:

„Die Lage der protestantischen Mitglieder in den christlichen Gewerkschaften ist durch die Entwicklung, die Papst und Bischöfe die maßgebende Entscheidung überläßt, unerträglich und unwürdig geworden. Protestantisches Unbehagen muß gegen diese Abhängigkeit evangelischer Volksgenossen vom römischen Merkantilismus Verwahrung einlegen. Ein Mittel hätte es gegeben, die Lage der evangelischen Arbeiter gegenüber den päpstlichen Machtbestrebungen erträglich zu gestalten, wenn ein Gewerkschaftskongress jetzt berufen worden wäre und beschlossen hätte: die christlichen Gewerkschaften können als interkonfessionelle Veranstaltungen keine Weisungen entgegennehmen und werden zusammengehalten, selbst wenn der Papst und die Bischöfe den katholischen Arbeitern die Teilnahme an den Gewerkschaften verbieten sollten, weil auf diesem Gebiet auch die katholischen Arbeiter sich an kirchliche Weisungen nicht gebunden fühlen. Das wäre eine gewisse Garantie für die evangelischen Arbeiter gewesen unter der Voraussetzung, daß die Kongressmitglieder die Gewerkschaftsmitglieder hinter sich haben und in der Entscheidungsbefugnis der Gewerkschaftssekretäre stärker ist als der Papst. In allen bisherigen Verhandlungen des Vorstandes der Gewerkschaften ist diese Erklärung nicht zu finden.“

Vielleicht äußert sich der evangelische Herr Behrens einmal zu diesen Auslassungen. Das müßte sehr interessant sein.

Eine Parade der Gelben hat vor einigen Tagen in Essen stattgefunden. Der Bund der Werkvereine war zu seiner Generalversammlung zusammengetreten, und die Redner konnten den Mund nicht voll genug nehmen über die großen Erfolge, die man erzielt haben will. Als anständige Arbeiterorganisation fällt es uns schwer, uns eingehend mit den Verhandlungen in Essen zu beschäftigen. Nur einige Momente seien herausgegriffen. Es war angeregt worden, ebenio wie andere Arbeiterorganisationen besoldete Sekretäre anzustellen. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Das ist auch selbstverständlich, denn wenn Arbeitersekretäre die Interessen der Mitglieder vertreten wollen, so geraten sie dabei häufig in Gegensatz zu den Unternehmern. Da das die Gelben nicht wollen und dürfen, überläßt man die Interessenvertretung abhängigen Arbeitern, die es nicht wagen dürfen, gegen den Stachel zu lösen. Auch die Beratungen über einen Antrag einer Bundesfeierballe nahm einen recht bescheidenen Verlauf. Da die Aufsichtsbehörde die Genehmigung einer solchen Gründung von der Stellung eines Fonds von 50 000 M. abhängig macht, suchte der Vorstand des Bundes der Werkvereine die Erlaubnis nach, bei den einzelnen Vereinen und ihren Arbeitgebern wegen Zahlung von Beiträgen zur Schaffung eines Fonds vorstellig zu werden. In der Diskussion schlug selbst einigen Gelben das Gewissen, und sie erklärten es für nicht unbedenklich, die Arbeitgeber in einem solchen Falle um Unterstützung anzusprechen.

So viel für heute. In der nächsten Nummer der „Arbeitsberga“, die sich ja mit Vorliebe zum Sprachrohr der gelben Organisationen macht, werden wir vielleicht noch interessantere Dinge lesen. Wir werden dann natürlich nicht veräumen, darüber noch Näheres mitzuteilen.

Die berufsmäßigen Streikbrecher, wie sie von den Firmen Hinz, Kaczmarek und andern gegen sehr gute Bezahlung geliefert werden, erfreuen sich zwar bei den Scharfmachern aller Grade großer Beliebtheit. Von den Arbeitern aber werden sie verachtet, und zwar nicht nur als Streikbrecher, sondern weil sie in ihrer Mehrzahl auch moralisch minderwertige Elemente sind. Auf diesem Standpunkt stehen auch zahlreiche Sozialpolitiker, die die Vorgänge in der Arbeiterbewegung aufmerksam verfolgen. Leute, wie Professor Bernhard allerdings, die ein durch Unparteilichkeit nicht getrübbtes Urteil besitzen, nehmen sich dieser dunklen Ehrenmänner mit großem Eifer an. Deshalb verdient ein Urteil weitest Verbreitung, das der Bergarbeiter im Herzogtum Sachsen-Altenburg bei Besprechung des Ausstehens der Bergarbeiter im Meuselwitzer Revier über jene Elemente in seinem letzten Jahresbericht veröffentlicht hat. Darin heißt es nämlich:

„Die Arbeitswilligen, besonders diejenigen, welche man durch Vermittlung von Agenten herangezogen hatte, erwiesen sich in der Mehrzahl als minderwertige und disziplinlose Burken, so daß die Grubenverwaltungen selbst bemüht waren, sie möglichst bald wieder abzugeben.“

Ähnliche Erfahrungen hat man auch an anderen Orten gemacht. Wo die Streikbrechergarde sich stark genug fühlte, ist es noch stets zu den größten Exzessen gekommen. Wir verweisen nur, um ein Beispiel aus der neuesten Zeit anzuführen, auf die Vorgänge in Görlitz. Wen nach obiger Schilderung die Schuld an den Ausreitungen trifft, ist zweifellos. Wir verzichten deshalb auch gern darauf, noch weitere Betrachtungen an die Kritik der Streikbrechergardisten zu knüpfen.

Die Zahl der deutschen Genossenschaften. Die „Statistische Korrespondenz“, herausgegeben vom Preussischen Statistischen Landesamt, unterrichtet in einer Sondernummer über den Stand der deutschen Genossenschaftsbewegung im Jahre 1912. Allerdings erfahren wir nur die Zahlen über die eingetragenen Genossenschaften, nicht auch die Mitgliederzahlen. Es bestanden im Jahre 1910 in Deutschland 29 437 Genossenschaften; ihre Zahl stieg 1911 auf 30 489 und 1912 auf 31 771. Interessant ist zu erfahren, wie sich die Zahlen auf die einzelnen Genossenschaftsarten verteilen, wobei die Jahre 1911 und 1912 berücksichtigt werden sollen. Während die Zahl der Kreditgenossenschaften im Jahre 1911 17 462 betrug, waren 1912 deren 18 052 vorhanden. Unter letzteren waren 15 919 Darlehnskassenvereine. Die Zahl der gewerblichen Rohstoffgenossenschaften stieg von 300 auf 393, die der landwirtschaftlichen Rohstoffgenossenschaften von 2063 auf 2117. Warenkassenvereine waren 1911 219, im Jahre 1912 236 vorhanden. Auch die Wertgenossenschaften gliedern sich in gewerbliche und landwirtschaftliche. Von der ersteren Art weist die Statistik 307, von der letzteren 1115 im Jahre 1911, dagegen 316 resp. 1325 im Jahre 1912 auf. Ferner gab es 1911 109 gewerbliche Magazingenossenschaften, deren Zahl im Jahre 1912 die gleiche blieb. Die Zahl der landwirtschaftlichen Magazingenossenschaften stieg von 437 im Jahre 1911 auf 476 im Jahre 1912. Genossenschaften zur Beschaffung von Maschinen gab es 1911 16, im Jahre 1912 17. Die Zahl der Rohstoff- und Magazingenossenschaften im Gewerbe verminderte sich von 152 auf 150, in der Landwirtschaft wurden in beiden Jahren 20 dieser Genossenschaften gezählt. Zucht- und Weidegenossenschaften gab es 305 im Jahre 1911, im Jahre 1912 dagegen 356. Konsumvereine wurden im Jahre 1911 im ganzen 2285, im Jahre 1912 dagegen 2321 gezählt. Eigentliche Wohnungs- und Baugenossenschaften waren 1911 1063, im Jahre 1912 dagegen 1176 vorhanden. Wohnungs- und Baugenossenschaften (Vereinshäuser) gab es 117 im Jahre 1911, ihre Zahl ging 1912 auf 115 zurück. Konsumvereine wurden im Jahre 1911 100 neu gegründet, aufgelöst wurden 65. Zu bemerken ist noch, daß sämtliche Zahlen sich auf eingetragene Genossenschaften beziehen. Unter ihnen gibt es noch Genossenschaften, die in derselben Weise arbeiten, aber eine andere Rechtsform besitzen.

Der gesetzliche Rehnfundentag ist soeben von der französischen Kammer beschlossen

